

„30 Jahre Wiedervereinigung. Zur anhaltenden Aktualität Ostdeutschlands“

Ostdeutschland in der Forschung – entdecken, nicht voraussetzen!

Prof. Dr. Oliver Ibert, Direktor des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS), Erkner

Bei der Betrachtung der jüngeren kartographischen Darstellungen der räumlichen Ausbreitung der Corona-Pandemie in Deutschland war es mal wieder so weit. In den entsprechenden Karten schimmerte es wieder auf – Ostdeutschland. Während weite Teile des ehemaligen Territoriums der Bundesrepublik Deutschland tiefrot gefärbt waren, waren in der Anfangszeit der zweiten Welle die Umrise der ehemaligen DDR wiederzuerkennen als gelb-oranger Fleckenteppich im Osten. Lebt dort eine andere Spezies Mensch? Weniger anfällig für Ansteckungen durch das gefährliche Virus? Oder ist es die typisch ostdeutsche Lebensweise, die eine raschere Ausbreitung verhindert? Und wenn letzteres zutrifft, was ist denn typisch an dieser Lebensweise?

Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung scheint es immer noch signifikante Unterschiede zu geben zwischen ost- und westdeutschen Regionen. Grund genug, die Forschung über Ostdeutschland auch heute noch weiter zu vertiefen? Mit dem Begriff „Ostdeutschland“ wird eine Territorialisierung vorgenommen, eine soziale Konstruktion mit der ein Raumausschnitt durch eine Grenzziehung herausgeschnitten wird und die Eigenschaften dieses Raumausschnitts gegenüber anderen Territorien als Unterschiede thematisiert werden. Territorialisierungen sind notwendigerweise Vereinfachungen, die aber den Vorzug haben, dass mit Ihnen Analysen möglich werden und auch Handlungsfähigkeit hergestellt werden kann. Im Falle von Ostdeutschland sehe ich aber zwei Probleme:

Erstens werden in Bezug auf die zeitliche Dimension von Transformationen zahlreiche Entwicklungslinien innerhalb eines großen Territoriums vor allem unter den Vorzeichen der gut vierzigjährigen DDR-Geschichte betrachtet. Statt langfristiger Entwicklungslinien dominieren zwei Brüche das Denken: die Gründung und der Untergang der DDR. Das „Davor“ und „Danach“ erscheinen dann als prä- und post-sozialistische Epochen. Diese „Fest-Stellung“ von Geschichte geht mit den Tendenzen einher, länger in der Geschichte zurückliegende Traditionen abzuschneiden sowie echten Neuanfängen einen post-sozialistischen Stempel aufzudrücken. Selbstverständlich hat die post-sozialistische Transformation eine ausgeprägte Räumlichkeit. Gleichwohl kann diese durch grobe Territorialisierungen, wie „Ostdeutschland“, nicht adäquat eingefangen werden. Das Wirken des Sozialismus wird durch diese Fixierung verstetigt.

Zweitens wird in Bezug auf die räumliche Dimension ein in sich hochgradig differenziertes Territorium homogenisiert. Wie in Darstellungen auf politischen Karten, in denen einheitlich gefärbte Teilgebiete aneinander angrenzen und trotz Nachbarschaft gänzlich verschieden zu sein scheinen (das eine Territorium ist blau, das andere rot). Diese Homogenisierung verstellt den Blick für interne Differenzierungen ebenso wie den vergleichenden Blick

zwischen Teilgebieten unterschiedlicher Territorien. Mit der Kategorie Ostdeutschland im Hinterkopf sehen wir in den aktuellen Corona-Karten das Staatsgebiet der DDR wieder auferstehen. Ein Blick für kleinräumige Differenzierungen würde unsere Neugier hingegen auf die Ähnlichkeit der Entwicklungen entlang der Ostseeküste lenken, die mecklenburgische ebenso wie schleswig-holsteinische Landkreise umfassen. Auch würde sich die Frage stellen, was die Ursachen für die schnellere Ausbreitung in einigen Regionen ist. Verbreitet sich das Virus jetzt vor allem in Großstädten und wandert von dort in den engeren Verflechtungsraum? Weiterhin suggeriert die Kategorie Ostdeutschland eine räumliche Insellage. Die Homogenisierung des Territoriums verstärkt den trennenden Charakter der Grenze und verstellt unseren Blick auf ihre Durchlässigkeit für Austauschbeziehungen. Unsere historischen Forschungen im Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) zeigen eindrücklich, dass bereits die DDR bei weitem nicht so geschlossen war, wie es das Bild von der „Mauer“ suggeriert. Es bestanden zahlreiche Beziehungen ins Ausland, es gab weit reichende Architekturexporte, intellektuellen Austausch und Wanderungen. Selbstverständlich haben sich die Außenbeziehungen im Zuge der Wiedervereinigung radikal verändert, aber bestanden haben sie schon immer.

Der fortbestehende Wert, vielleicht sogar das Wiedererstarken der Kategorie „Ostdeutschland“ hat für mich eher politische und biographische Gründe. Es ist eine Reaktion auf die Ignoranz, mit der viele Westdeutsche der historischen Phase und den neuen Bundesländern gegenübertraten. Und es dient dazu, biographische Erfahrungen zu artikulieren, die im heutigen Deutschland eben nicht breit geteilt werden. In der Forschung kann dieser politische Charakter auch ernst genommen werden. Er erlaubt es uns – wie jetzt in der Corona-Pandemie – Ostdeutschland zu entdecken, manchmal auch auf überraschende Art und Weise wieder auferstehen zu sehen. Eine *a priori* Setzung von Ostdeutschland als analytische Kategorie würde m.E. das Denken für räumlich differenzierte Strategien erschweren, den Blick auf parallele Entwicklungen in anderen Räumen sowie auf das Wirken langer Entwicklungslinien verschließen und die Bedeutung von Austauschbeziehungen unterschätzen.